JUNGES MANIFEST EUROPA Bring' Europa in Bewegung! 2009



BRING' EUROPA IN BEWEGUNG

Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU) erleben gerade die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte. Bereits über drei Generationen hat sich eine Gesellschaft entwickelt, die ihren Wohlstand und den Frieden als selbstverständlich und somit als Soll-Zustand erachten kann. Dabei darf jedoch die friedensstiftende Wirkung des europäischen Integrationsprozesses seit dessen Beginn nach dem 2. Weltkrieg nicht vergessen werden. Der europäische Gedanke bildet das Gerüst für Toleranz, kulturelles Verständnis, Chancengerechtigkeit, individuelle Freiheit und damit für Frieden in Europa.

Dieser Erfolg ist nicht das Ende aller Anstrengungen um die Europäische Union, sondern ein wichtiger Schritt zu einer echten europäischen Integration, die nicht nur Fragen von Krieg und Frieden oder wirtschaftlichem Wohlstand beinhaltet. Der Weg muss weiter in die Richtung eines sozialen, eines bürgernahen Europas beschritten werden.

Wir Jusos Hamburg haben die jüngere Generation im Blick. Denn es ist unsere Generation, die die Folgen jetzt getroffener politischer Entscheidungen besonders spüren.

In den letzten Jahren war die Politik auf europäischer Ebene geprägt von konservativen und liberalen Mehrheiten. Die Mehrheit der 27 Regierungschefs ist konservativ oder liberal, ebenso sieht es bei den EU-Kommissaren aus. Dass die Konservativen darüber hinaus eine relative Mehrheit im EU-Parlament haben, ist keine hinnehmbare Situation.

Aus Sicht der Konservativen ist Europa auf dem Höhepunkt der Funktionalität. Marktmechanismen sind europäisiert, der Einfluss staatlicher Stellen minimiert und ein europäischer Binnenmarkt hat für eine Stabilität und einen Wohlstand für bestimmte Schichten der Gesellschaft gesorgt, sodass es nun gilt, den Status Quo zu halten. Die Europäische Union hat sich somit unter konservativen Mehrheiten in eine falsche Richtung bewegt. Arbeits- und Gewerkschaftsrechte werden als Kostenfaktoren bewertet, der freie Markt wird als zu hohes Gut betrachtet und die EU-Grenzen durch das Schüren von Angst immer höher gezogen.

Wir wollen eine andere europäische Gesellschaft. Wir wollen eine offene, solidarische, soziale und transparente EU, die die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Wir werden alles dafür tun, dass wieder Bewegung nach Europa kommt!



EUROPA MUSS SOZIALER WERDEN

Die Abhängigkeit der Gesellschaft von europäischen Beschlüssen steht diametral zu der mentalen Verbundenheit zur EU. Ein Grund ist die Entkopplung von basisdemokratischen Prozessen vom Entscheidungsprozess in der EU, ein anderer jedoch das subjektive Gefühl, dass die Politik in Brüssel nur einer kleinen Wirtschaftselite nützt.

Auch wenn dieses Bild etwas zu einfach wäre, so lässt es sich nicht abstreiten, dass der Mensch nie im Mittelpunkt europäischer Interessen lag und sich so eine soziale Ungleichheit etablieren konnte, die nicht hinnehmbar ist.

Die EU hat das Potential, auch im Bereich der Sozialpolitik enge Standards zu setzen, um den europäischen Bürgerinnen und Bürger die nötige Sicherheit im alltäglichen Leben zu geben.

Wir Jusos Hamburg wollen uns daher für folgende Punkte einsetzen:

- Die EU muss einen Mindestlohn in allen Mitgliedstaaten vorschreiben. Dieser muss nicht zwingend überall gleich sein, sondern kann sich auch zunächst an dem Durchschnittseinkommen der jeweiligen Länder orientieren. Auf lange Sicht führt bei einer Angleichung der Lebensverhältnisse auch an einem einheitlichen europäischen Mindestlohn kein Weg vorbei.
- Alle Richtlinien, die im Entscheidungsprozess sind, müssen auf ihre sozialen und ökologischen Folgen hin geprüft werden.
- Die Steuerlast muss innerhalb der EU gerechter verteilt werden, damit der europäische Sozialstaat finanziert werden kann.
- Die betriebliche Mitbestimmung sowie weitere Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen auf EU Ebene verankert werden, damit es zwischen den Wirtschaftsstandorten der EU keine Konkurrenz der niedrigsten Partizipationsrichtlinien gibt.
- Die EU muss eine vor dem EuGH einklagbare Charta für Praktika erlassen, die die Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten schützt.
- Damit die Gleichberechtigung von Mann und Frau endlich Praxis wird, muss es eine Richtlinie geben, die die Einrichtung eines Betreuungsangebots für Kinder bei Firmen einer bestimmten Größe vorschreibt. Kleinere Unternehmen haben sich zusammenzuschließen, um ein solche Möglichkeit anbieten zu können.
- Zur Finanzierung eines sozialen Europas müssen unter Berücksichtigung der sozialen Situation der Agrarwirte endlich die Agrarsubventionen auf ein Minimum reduziert werden, um die frei werdenden Mittel in die Struktur des europäischen Sozialstaates zu investieren.



Wirtschaftspolitik für den Menschen

Die Mehrheit der Gesetze im Bereich der Wirtschaftspolitik wird dem Bundestag von Brüssel vorgegeben. Somit ist Wirtschaftspolitik momentan eines der zentralen Felder der europäischen Entscheidungen. Klar ist, dass in der aktuellen Situation die bestehenden Regularien der Staatengemeinschaft versagt haben. Als Folge werden die Reallöhne und die Kaufkraft abgeschwächt, was besonders bei Familien mit geringem Einkommen für eine drastische Verschlechterung der Lebenssituation führt.

Wir wollen daher eine Reform der Regeln für das Finanzwesen und eine kritische Betrachtung der Arbeit und Entlohnung hoher Manager.

Konkret müssen ...

- Managergehälter nicht nur die Erfolge, sondern auch die Misserfolge des Unternehmens widerspiegeln.
- Die Regeln für die Unternehmensaufsicht verschärft werden. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass ein ehemaliger Vorstandsvorsitzender in den Aufsichtsrat derselben Firma wechseln kann.
- Alle Finanzakteure gleichermaßen beurteilt und kontrolliert werden.
- Steuerflucht erschwert wird, damit der Staatenbund weiterhin seine dringend benötigte Schutzfunktion wahrnehmen kann.
- Privatisierungen auf ihre soziale Verträglichkeit hin geprüft werden.

Europa und die Eurozone sind eine Solidargemeinschaft. Das heißt, dass wirtschaftlich stärkere Staaten in einer Krise, taumelnden Staaten unter die Arme greifen. Europa darf nicht durch nationale Ressentiments aufs Spiel gesetzt werden. Wir alle profitieren von Stabilität und Verlässlichkeit. In der Wirtschaftskrise muss sich zeigen, dass die Idee Europa auch durch die Krise trägt. Nationale Alleingänge und nationale Industriepolitik sind ein Spiel mit dem Feuer und sollten unterbleiben.

Wir Jusos Hamburg wollen den Kapitalismus nicht abschaffen. Allerdings bedarf es in einer sozialen Marktwirtschaft strenger Regeln, die den Akteuren Grenzen setzen, damit der Mensch im Mittelpunkt der Gesellschaft rückt.

Klimapolitik europäisieren

Die Debatte um den Klimawandel zeigt immer mehr, dass ein gemeinsames Handeln vieler Staaten notwendig ist, um den Folgen der Erderwärmung zu begegnen. Die Problematik nati-

JUSOS

JUSOS. WIR MACHEN ZUKUNFT!

4/9

onalen Handelns in dieser Frage sind die unterschiedlichen Lösungsansätze, die sich teilweise konterkarieren. Nur gemeinsam wird man es schaffen, eine gute Umwelt- und Energiepolitik zu betreiben!

Wir Jusos Hamburg sind für ...

- Den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Bestrebungen mancher Mitgliedsstaaten, die Kernenergie als Hauptenergiequelle zur Stromerzeugung zu nutzen, muss auf europäischer Ebene unterbunden werden.
- Den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in allen Regionen der EU.
- Die Einrichtung eines europäischen Forschungsfonds für innovative Technologien in den Bereichen der alternativen Energiequellen, Energiespeicher und Kraftmaschinen.
- Eine europäische Initiative für Energieeffizienz im alltäglichen Leben und in der Wirtschaft.
- Die Erweiterung des Technologietransfers von Europa in verschiedene Entwicklungsländer.
- Die Vergabe von Labels wie "Grüne Hauptstadt" nur auf Grundlage realer Erfolge in der Umweltpolitik.

Durch europäische Richtlinien in diesen Bereichen werden nationale (hauptsächlich wirtschaftliche) Interessen den Gesamtinteressen der europäischen Gesellschaft untergeordnet. Das ist einerseits der große Gewinn, aber oft auch das Hindernis für eine schnelle Umsetzung dieser Politikansätze.

LISSABONNER VERTRAG

Wir Jusos Hamburg stehen zum Lissabonner Vertrag. Durch konservative Mehrheiten in Europa ist dieser Vertrag sicher kein perfektes Papier. Er ist jedoch notwendige Grundlage für das weitere Arbeiten in der EU.

So sieht dieser u.a. vor

- Die Entscheidungsprozesse der Größe der EU anzupassen durch Abschaffung von Einstimmigkeit zugunsten von Mehrheitsentscheidungen.
- Die Erweiterung der Kompetenzen des EU-Parlaments als Teil der Legislative.
- Die Einbeziehung der nationalen Parlamente zur Förderung einer europäischen Öffentlichkeit.
- Die Einklagbarkeit der Menschenrechte vor dem EuGh.

Allein diese Aspekte machen den Vertrag unverzichtbar für das Fundament eines sozialen, transparenten und demokratischen Europas. Der Ratifizierungsprozess muss in der kommenden Legislatur abgeschlossen werden.



EUROPA MUSS OFFEN SEIN

Europa ist ein Verbund reicher Staaten. Dass dies für ärmere Regionen eine enorme Anziehungskraft hat, ist zu verstehen. Die Konservativen reagieren darauf mit hohen Zäunen und Angstmacherei. Dabei ist es genau diese Abschottung, die Einwanderer in die Illegalität treibt, sowie qualifizierte Zuwanderung erschwert.

Es muss ...

- Statt in immer teurere Abwehrtechniken in die Entwicklung der Anrainerstaaten investiert werden, damit der Fluchtgrund entfällt.
- Eine solidarische Asylpolitik unter den Mitgliedsstaaten ausgehandelt werden.
- Das System der BlueCard vorangetrieben und beworben werden.

LISSABON-STRATEGIE MUSS HAMBURG LEITEN

Im Jahr 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs die sog. Lissabon-Strategie, mit dem Ziel, die EU innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ein Jahr vor Ende dieser Frist muss man feststellen, dass die nationale Umsetzung in den Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen die nötige Intensität vermissen lässt. In Deutschland haben die Bundesländer nicht ausreichend verstanden, dass die Realisierung auch in ihrer Verantwortung liegt. Hamburg kann von einer Umsetzung der Lissabon-Ziele nur profitieren. Daher muss es vorderstes Ziel sein, im Rahmen der Hamburger Zuständigkeiten eine Vorbildfunktion für Europa einzunehmen.

Wir fordern daher ...

- Die Aufnahme der Lissabon-Strategie in das Leitbild der Stadt Hamburg. Hamburg soll nicht nur mit Weitsicht wachsen, sondern sich dabei vor allem anderen an den Zielen der europäischen Integration orientieren.
- Die Förderung der sozialen Integration im Rahmen eines umfassenden Stadtteil-Entwicklungskonzeptes. Auch wenn in Europa andere Städte weit größere Probleme haben: Die soziale Spaltung und die damit einhergehenden Spannungen nehmen auch in Hamburg zu.
- Dem muss engagiert entgegen gewirkt werden.
- Die Erstellung und Umsetzung eines eGovernment-Konzeptes f
 ür Hamburg im Rahmen der Informationsgesellschaft f
 ür alle.
- Die Verstärkung der Kooperation von Hochschulen und Forschungsinstitutionen Hamburgs



insbesondere mit Osteuropa. Hamburg darf seine Brückenkopffunktion nicht auf den Handel beschränken, sondern muss diese Rolle auch im Europäischen Raum der Forschung und Innovation einnehmen.

 Das Thema Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen darf kein europäisches Schönwetter-Ziel bleiben, sondern muss auch in der Hamburger Politik endlich ernst genommen werden!

MEHR HAMBURG IN EUROPA

Als wichtigster Exportstandort innerhalb der Exportnation Deutschland und nicht zuletzt durch seine geografische Lage als Brückenkopf zwischen West- und Osteuropa profitiert Hamburg schon jetzt in hohem Maße von den Vorzügen des europäischen Binnenmarktes. Allerdings gibt es hier auch noch einiges an Weiterentwicklungspotential für die kommenden Jahre. Insbesondere die Ostseekooperation mit Dänemark und den skandinavischen Staaten ist noch ausbaufähig. Hier kommt der geplanten Fehmarn-Belt-Querung eine Schlüsselrolle zu. So ist vor allem die Mobilität zwischen Deutschland und Skandinavien auszubauen.

Wir fordern ...

- Eine intensive Vernetzung der Öresundregion und einen Ausbau der Partnerschaft der Ostsee-Anrainerstaaten.
- Den Bau einer attraktiven Bahnverbindung zwischen Hamburg und Skandinavien über Kopenhagen.
- Die Modernisierung und de weiteren Ausbau des Hamburger-Hafens dort wo es notwendig ist, damit Hamburgs Handel den Herausforderungen eines wachsenden Europas gewappnet ist. Allerdings muss jede Ausbaumaßnahme auf ihre Umwelt-Verträglichkeit geprüft werden.

MEHR EUROPA IN HAMBURG

Die hohe Priorität, welche einem bürgernahen Europa in den Sonntagsreden beigemessen wird, muss sich endlich auch in konkretem politischem Handeln niederschlagen! Die Idee Europa kann von den Bürgerinnen und Bürgern nur unterstützt werden, wenn sie die Vorteile in Ihrem Alltag bewusst erfahren.



Es muss sich mehr tun, besonders ...

- brauchen wir mehr Europa in den Schulen! Das Thema Europa muss zu einem umfassenden Querschnittsthema des Lehrplanes werden. Ebenso ist auf eine konsequente Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts in allen Schulformen hinzuwirken. Wir brauchen Europa-Beauftragte in den Schulen und mehr Europa-Schulen in Hamburg. Das bestehende Forderungspapier der Europa-Union ist zukunftsweisend. Die Schulbehörde ist aufgefordert, es endlich umzusetzen!
- muss die europäische Freizügigkeit auch im Bildungs- und Wissenschaftssystem gelebt werden! Wir brauchen europäische Austauschprogramme für Auszubildende und eine Reform der Bachelor-/Master-Studiengänge, die eine Internationalisierung des Studiums wirklich zulässt!
- muss europäisches Handeln in Hamburg sichtbar werden! Senat und Behörden müssen zukünftig politisches Handeln im europäischen Kontext deutlicher kommunizieren und vermarkten.
- müssen europäische Fördertöpfe in Hamburg besser koordiniert werden. Wir fordern die Schaffung von Europabeauftragten als Koordinierungsstellen in den Bezirksverwaltungen.

EUROPA VEREINT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten nimmt nicht nur in Hamburg, sondern an vielen Orten in Europa zu. Immer wieder gelingt es rechtsextremen Parteien, sich in kommunalen und nationalen Parlamenten festzusetzen. Selbst im Europäischen Parlament hat die Zahl der rechten Abgeordneten erschreckend zugenommen. Es wird Zeit, dass Europa gemeinsam den Kampf gegen Rechts aufnimmt!

Die Jusos Hamburg fordern ...

- eine umfassende europäische Strategie gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut und für mehr Toleranz in einem Europa der Vielfalt. Es darf nicht bei politischen Absichtserklärungen bleiben! Europa muss Geld zur Verfügung stellen und die Mitgliedsstaaten auf konkrete Maßnahmen und Ziele verpflichten!
- die konkrete Förderung von Aussteigerprogrammen in den europäischen Städten und Regionen.



HAMBURG IM PARLAMENT: UNSERE STIMME FÜR UNSERE INTERESSEN

Mit einem Hamburger Sozialdemokraten im Parlament entstehen viele Chancen und Möglichkeiten. Wir werden alles dafür tun, damit Knut Fleckenstein für unsere Hansestadt in das Europäische Parlament einziehen kann.

Jedoch haben wir Jusos bestimmte Erwartungen an einen sozialdemokratischen Abgeordneten.

- Die Umsetzung der Forderungen dieses Manifestes muss in das politische Handeln einfließen.
- Die Idee Europas lebt von ihrer Akzeptanz in der Öffentlichkeit. So soll es eine europäische Begegnungsstätte in der Stadt geben, die der Abgeordnete für seine Auftritte und zur Information nutzt.
- Entsprechend der Berlinfahrten von Berliner Abgeordneten soll es Fahrten nach Brüssel geben, die durch das Abgeordnetenbüro organisiert und betreut werden.
- Einmal im Viertel Jahr soll es eine Zusammenkunft der Jusos mit dem Abgeordneten geben, damit Themen unserer Generation besprochen werde können.
- Um ein öffentliches Interesse an der europäischen Politik zu schaffen, soll der Abgeordnete regelmäßig an Veranstaltungen der örtlichen Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordneten teilnehmen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, Fragen zu stellen und Sorgen zu äußern.

Mit diesem Manifest wollen wir für die SPD die Wahl zum Europäischen Parlament gewinnen. Wir stehen zur Europäischen Integration auch in unserer eigenen Partei. Jedoch wollen wir auch, dass Entscheidungen in Europa auf derjenigen Ebene getroffen werden, die am besten in der Lage ist, dass Problem zu lösen. Entscheidungen, die nicht auf europäischer Ebene gelöst werden müssen, sollen bei den Staaten verbleiben.

